

Ergebnisse und Auswertung der 1. Runde der Europäischen HausParlamente

Liebe Gastgeberinnen und Gastgeber der 1. Runde,
liebe Europäerinnen und Europäer,

im Sommer 2018 haben die ersten “Europäischen HausParlamente” stattgefunden. Während dieser 1. Runde des neuen Bürgerbeteiligungsprojektes von Pulse of Europe und ihrem Kooperationspartner Democracy International e.V., Köln, fanden sich 1.174 Bürgerinnen und Bürger in mehr als 200 privat organisierten HausParlamenten deutschlandweit zusammen. Nach einem vorgegebenen Gesprächsleitfaden diskutierten sie über Fragen zur EU-Außenpolitik.

Mit diesem Ergebnisbericht schließen wir die erste Runde ab. Am 30.10. wurden die Ergebnisse während einer Diskussionsveranstaltung in Berlin bereits dem politischen Ansprechpartner der ersten Runde, Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, vorgestellt. In unserem Bericht haben wir die Abstimmungsergebnisse einschließlich der Stellungnahme des Staatsministers detailliert aufbereitet.

Nach kurzen Informationen zum Verfahren der HausParlamente, zum Thema und zur Auswertungsmethodik werden die Ergebnisse zu jeder Frage einzeln vorgestellt. Auch die Stellungnahme des Staatsministers wird zu jeder Frage einzeln wiedergegeben; seine Aussagen haben wir bei der Veranstaltung aufgezeichnet. Seine Position wird in die gleiche Skalierung eingeordnet wie die Positionen der HausParlamentarier. Der Bericht schließt ab mit einer Übersicht über die Themen, die HausParlamentarier für die Diskussionen der nächsten Runde vorgeschlagen haben.

An dieser Stelle möchten wir, das Organisationsteam der HausParlamente, uns noch einmal ganz herzlich bei allen Gastgebern, Teilnehmern und Unterstützern der HausParlamente bedanken! Ihr habt den ersten Schritt zu einer besseren europäischen Bürgerbeteiligung gemacht. Wir bedanken uns auch für alle Verbesserungsvorschläge. Die HausParlamente wurden explizit als ein selbstlernendes Verfahren entworfen und Euer Feedback hilft uns, besser zu werden.

Wir freuen uns auf die nächste Runde, und hoffen, dass Ihr alle wieder dabei seid.

Let's be the Pulse of Europe!

Mit europäischen Grüßen,
Euer HausParlamente-Team

Inhaltsverzeichnis

1. Über die Europäischen HausParlamente.....	2
Das Verfahren der HausParlamente.....	2
2. Überblick: 1. Runde der HausParlamente.....	3
3. Auswertung	3
4. Ergebnisse	4
Unterfrage 1	4
Unterfrage 2	7
Unterfrage 3	9
Unterfrage 4	12
Hauptfrage	15
Themenvorschläge für weitere Runde	17

1. Die Europäischen HausParlamente

HausParlamente bieten ein innovatives und effektives Verfahren der Bürgerbeteiligung, das der Verbesserung von Gesetzgebungsprozessen durch einen koordinierten Informationsaustausch zwischen Wählern, politischen Entscheidern und Experten dient. Jeder, der Lust und eine konstruktive Meinung zu europapolitischen Themen hat, kann und soll mitmachen und politische Entscheidungen beeinflussen.

HausParlamente sind eine Maßnahme, um die Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu schließen. Damit ist dieses Verfahren in besonderem Maße geeignet, die Bürger der Europäischen Union und die politischen Entscheidungsträger in Brüssel konstruktiv zu verbinden. Im Gegensatz zur Abfrage von Meinungen in Statistiken findet in HausParlamenten eine lebhafte Diskussion statt. Wer teilnimmt, wird vorab durch leicht verständliches, sorgfältig aufbereitetes Informationsmaterial in das Diskussionsthema eingeführt. In den HausParlamenten kommen vielfältige Positionen zusammen. Die Teilnehmer können die eigene Meinung zu europapolitischen Fragen im Diskurs verändern, verfeinern und erweitern.

Das Projekt der Europäischen HausParlamente ist eine Zusammenarbeit zwischen Pulse of Europe und Democracy International. Unterstützt wird das Projekt vom Institut für Europäische Politik.

Das Verfahren der HausParlamente

- Die GastgeberInnen wurden über Hinweise in den Medien (Presse, TV), durch Mundpropaganda und Einladungen über Pulse of Europe (Veranstaltungen und Social Media) auf die HausParlamente aufmerksam gemacht und haben sich online registriert.
- Diskussionen sind nur dann effektiv, wenn eine Gruppe nicht zu klein oder zu groß ist - nach den Erkenntnissen der Beteiligungsforschung. Daher haben wir für die HausParlamente die "Spielregel" festgelegt: nicht weniger als vier, nicht mehr als acht Teilnehmer.



Bei der Auswertung der Abstimmungen konnten deswegen nicht alle HausParlamente von der Auswertungssystematik erfasst werden.

- Die HausParlamente wurden anhand eines einheitlichen Musters (Hintergrundinformationen, Moderations- und Abstimmungsunterlagen) durchgeführt.
- Das Thema gliedert sich in eine Hauptfrage und mehrere Unterfragen. Zuerst werden die Unterfragen diskutiert, danach die Hauptfrage in einzelnen Bereichen konkretisiert - im Anschluss an jede Frage wird individuell abgestimmt.
- Die Gastgeber übermitteln Pulse of Europe die Abstimmungsergebnisse, sowie die wichtigsten Argumente online, per Mail oder per Post.
- Die eingereichten Ergebnisse wurden überprüft und ausgewertet.

2. Überblick: 1. Runde der HausParlamente

Zeitraum: 13. Juli - 24. August 2018 (Einsendeende: 30. August 2018)

Thema: Europäische Außenpolitik

Abschlussveranstaltung: 30. Oktober 2018, Berlin, Europäisches Haus in Berlin, Unter den Linden 78 mit den Gastgebern der HausParlamente und Staatsminister Michael Roth

Das Thema der ersten Runde: Europas Antwort auf „America First“ — Seit dem Machtwechsel im Weißen Haus sind Spannungen im transatlantischen Verhältnis spürbar. Die Aufkündigung internationaler Abkommen, Strafzölle auf Waren aus der Europäischen Union und Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben gegenüber einigen Mitgliedsstaaten kennzeichnen die „America First“-Politik von Donald Trump.

Welche Haltung soll die Europäische Union hierzu einnehmen? Die veränderte Politik der USA hat die Regierungen und Institutionen Europas weitgehend unvorbereitet getroffen. Sollte der neue Tonfall im Verhältnis zu den USA der EU als Anlass dienen, außenpolitisch verstärkt zusammenzuarbeiten und die Union zu vertiefen? Oder würden gerade solche Versuche die EU schwächen? Über die weitreichenden, anstehenden Entscheidungen in diesem Zusammenhang wurde während der ersten Runde der HausParlamente diskutiert. Die Ergebnisse werden in diesem Bericht präsentiert.

3. Auswertung

Stichproben

- Den „Spielregeln“ der HausParlamente entsprechend konnten bei der Auswertung leider nur die HausParlamente mit 4 bis 8 Teilnehmern berücksichtigt werden.
- Daraus ergibt sich eine Stichprobengröße von 204 HausParlamenten und 1153 Teilnehmern.



- Bei der Sichtung der Argumente wurden alle HausParlamente berücksichtigt

Art der Auswertung

Bei jeder Frage wurden folgende Ergebnisse ausgewertet:

Quantitative Abstimmungsergebnisse (Skalenwerte):

- Auf Ebene des HausParlaments: Ein Kreisdiagramm zeigt, wieviel Prozent der HausParlamente eine Frage positiv beantwortet haben (Werte sechs bis zehn auf der Bewertungsskala) und wieviel Prozent negativ (Werte eins bis fünf auf der Bewertungsskala). Diese Bewertung wird anhand des Medianwertes ermittelt. Bei einem Medianwert von 5,5 wird die Position des HausParlaments als "ausgewogen" bewertet. Die Ergebnisse werden daher mit einem Kreisdiagramm mit den Kategorien "positiv", "negativ" und "ausgewogen" dargestellt.
- Auf Ebene der einzelnen Teilnehmer: Ein Histogramm zeigt, wie viele Teilnehmer welche Skalenwerte gewählt haben. Ziel ist es, einen visuellen Eindruck davon zu vermitteln, wie kontrovers eine Frage möglicherweise diskutiert wurde.

Qualitative Ergebnisse (stichpunktartige wichtigste Argumente):

- Gezeigt wird eine Auswahl der häufigsten Argumente. Die Argumente werden in drei Kategorien aufgeteilt: 1) "Pro"-Argumente; 2) "Contra"-Argumente und 3) "Neutrale"-Argumente/alternative Empfehlungen

Außerdem wurden die Bewertung des Verfahrens und die Themenvorschläge der Teilnehmer für die nächste Diskussionsrunde ausgewertet.

4. Ergebnisse

Ergebnisse der HausParlamente und Stellungnahme des Staatsministers für Europa zu der Hauptfrage und den vier Unterfragen der 1. Runde der HausParlamente.



Unterfrage 1

Braucht die EU einen europäischen Außenminister bzw. eine Außenministerin mit Entscheidungs- und Umsetzungscompetenz?

Erläuterung



Seit der Verabschiedung des Lissaboner Vertrages (2009) gibt es in der EU das Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik. Laut Lissabon-Vertrag hat der Hohe Vertreter den Vorsitz im Außenministerrat. Im Moment bekleidet Federica Mogherini dieses Amt. Sie ist auch Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und verfügt über einen Europäischen Auswärtigen Dienst. Das Amt löst teilweise die Kissinger-Frage: "Who do I call, when I call Europe?".

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE

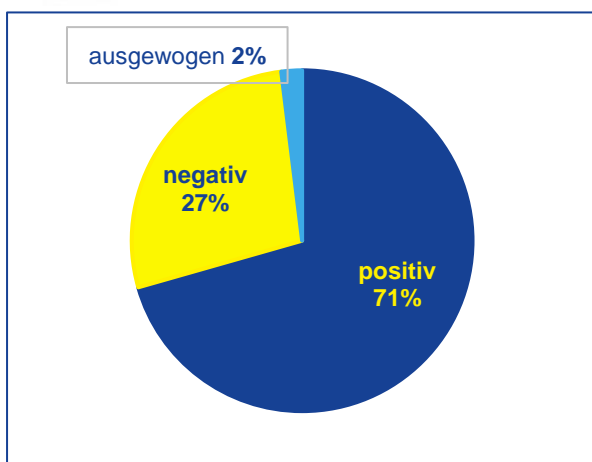
Ergebnisse der 1. Runde



Die Hohe Vertreterin ist Ansprechpartnerin für die EU-Außenpolitik in der Welt und koordiniert deren Umsetzung weitgehend. Selbst Entscheidungen treffen kann sie nicht. Die Vertreterin kann Vorschläge einbringen, aber die Mitgliedstaaten entscheiden nach dem Einstimmigkeitsprinzip. Die Frage ist: Soll sich das ändern?

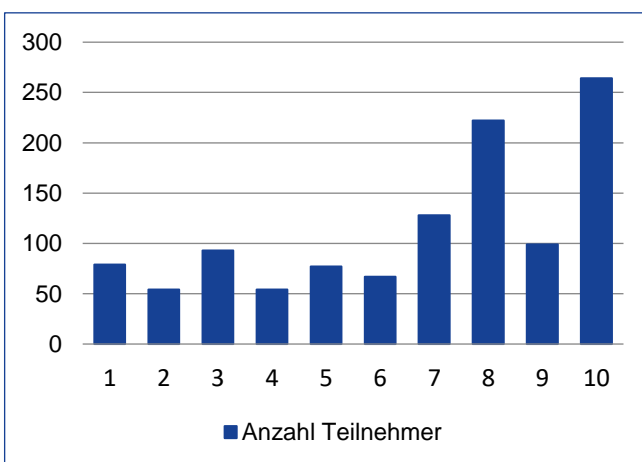


Die Position der HausParlamente



Verteilung Zustimmung/Ablehnung bei den HausParlamenten

- 71% der HausParlamente beantworten die Frage positiv (mit Wert 6 und höher)
- n = 204



Abstimmung der einzelnen Teilnehmer

- 1 = stark ablehnend; 10 = stark zustimmend
- Mehrheitlich Zustimmung **mit Wert 8 oder höher**
- Mittelwert **6,7**
- n = 1153

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion:

Contra	Neutral	Pro
<ul style="list-style-type: none"> • „Weiterer Posten unnötig, da es bereits die Außenbeauftragte gibt.“ • „Aktuell wegen nationaler Egoismen unrealistisch.“ • „Abgabe nationaler Kompetenzen.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • „Es gibt andere und wichtigere Probleme (Migration, Nationalismus).“ • „Voraussetzung wäre eine echte EU-Regierung, die vom Parlament gestützt wird.“ • „Aufgabenverteilung unklar, bleibt die Außenbeauftragte als Posten erhalten?“ 	<ul style="list-style-type: none"> • „Einheitliches Auftreten der EU nach außen, Handlungsfähigkeit herstellen.“ • „Ministeramt bedeutet Prestige und verschafft Gehör.“ • „Gemeinsame Stimme der EU bei der UN.“

Fazit: Deutliche Zustimmung

Anhand der Abstimmungsergebnisse und wichtigsten Argumente wird deutlich, dass die HausParlamentarier in erster Linie eine Chance darin sehen, mit einem gemeinsamen Außen-

minister-Amt die Position der EU nach außen zu stärken. Voraussetzung wäre allerdings im ersten Schritt, dass die demokratische Legitimation und die Befugnisse dieses Amtes sichergestellt sind.

Stellungnahme des Staatsministers für Europa

Auszüge der Stellungnahme:



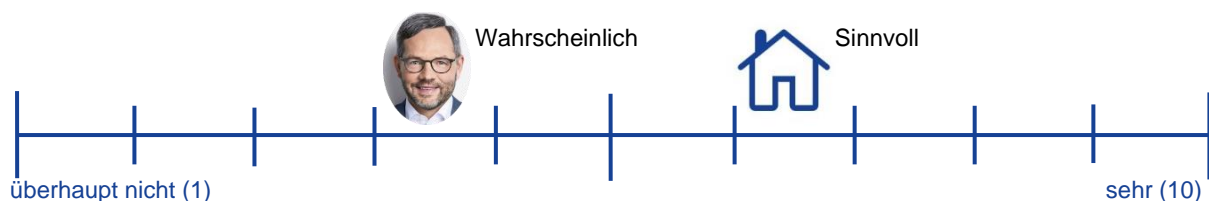
- „Ja, ich bin dafür. Ich war schon dafür, als ich als Parlamentarier den verfassungsgebenden Prozess begleitet habe. Und eine unserer zentralen Forderungen war es, dieser neu geschaffenen Position ganz bewusst den Titel eines europäischen Außenministers zu geben.“
- „Ich bin damit einverstanden, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zusätzliche Kompetenzen zu geben. Bislang ist es so, dass sie nur dann für die EU sprechen kann, wenn es einen einstimmigen Beschluss im Außenrat gibt. Das ist nicht immer ganz einfach. Manchmal behilft man sich. Dann spricht sie für sich selbst oder für ihr Amt, aber sie sagt es nicht im Namen der Europäischen Union. Dahingehend würde ich ihre Kompetenzen stärken.“
- „Ein starker Minister oder eine starke Ministerin braucht ein starkes Parlament. Und muss sich auch gegenüber dem Parlament rechtfertigen, in diesem Fall gegenüber dem Europäischen Parlament. Er/sie braucht eine starke Rückkopplung. Eine starke Anbindung an das EU-Parlament würde ich gerne garantiert sehen. Es wäre komisch, nur die Exekutive zu stärken. Wir müssen auch das Parlament stärken.“

Skalierungsfrage an den Staatsminister

Moderation:

„Auf einer Skala von Eins bis Zehn: Für wie realistisch halten Sie es, dass es in absehbarer Zeit einen EU-Außenminister gibt?“

Staatsminister Roth: „Unter Fünf, wenn ich von einem Zeitraum von vier Jahren ausgehe. Es hängt stark davon ab, wie die EU-Wahlen ausgehen und wie stark der Druck auf die EU sein wird, mit einer Stimme zu sprechen“





Unterfrage 2

Sollte eine europäische Armee die nationalen Heere ablösen?

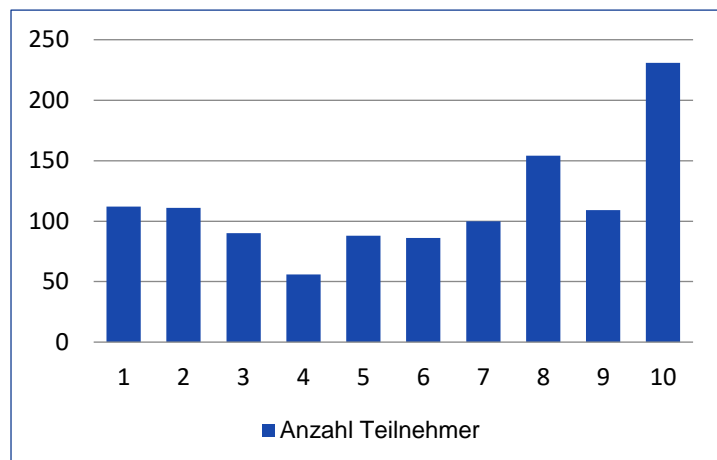
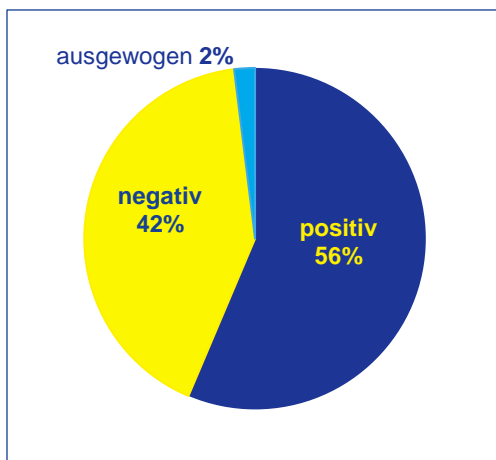
Erläuterung



Es gibt bereits weitgehende Zusammenarbeit im militärischen Gebiet zwischen Mitgliedstaaten der EU, bilateral aber auch multilateral. Das Akronym PESCO („Permanent Structured Cooperation“; auf Deutsch: „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“) beschreibt zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. Eine europäische Armee gibt es aber in jeder Hinsicht nicht. Es kommen jedoch immer wieder Stimmen auf, die dafür sind, dass die Nationalstaaten mehr militärische Souveränität aufgeben zugunsten eines gemeinsamen Militärs.



Die Position der HausParlamente



Verteilung Zustimmung/Ablehnung bei den HausParlamenten

- 56% der HausParlamente beantworten die Frage positiv (mit Wert 6 und höher)
- n = 204

Abstimmung der einzelnen Teilnehmer

- Abstimmung der einzelnen Teilnehmer
1 = stark ablehnend; 10 = stark zustimmend
- Mehrheitlich Zustimmung mit Wert **7 oder höher**.
 - Mittelwert **6,1**
 - n = 1153

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion:

Contra

- „unklar, ob sich EU-Staaten politisch auseinander entwickeln ... oder trennen (Brexit).“
- „Rolle der NATO? Sprache, Kontrollverlust, unklare Befehlsgewalt, weniger Kriegshürden, Aufspaltung mit den USA.“
- „Mehrheitsvotum für eine europäische Armee in Ablösung der Einzelstaaten-Armeen erscheint absehbar unrealistisch.“

Neutral

- „EU komplementär zur NATO: kein Gegengewicht, sondern starker Player innerhalb der NATO“
- „EU Armee (für Spezialeinsatz) ergänzend zu nationalen Armeen.“
- „Wehrpflicht ab 18 für EU Armee / Erasmus für Soldaten.“

Pro

- „EU komplementär zur NATO: kein Gegengewicht, sondern starker Player innerhalb der NATO“
- „EU Armee (für Spezialeinsatz) ergänzend zu nationalen Armeen.“
- „Wehrpflicht ab 18 für EU Armee / Erasmus für Soldaten.“

Fazit: **Kontroverse Diskussion**

Die Ablösung durch eine europäische Armee wird kontrovers diskutiert: Einerseits wird in unsicheren Zeiten eine Chance zur Souveränität nach außen und zum Zusammenwachsen nach innen gesehen. Andererseits ist man sich auch der Risiken bezogen auf Krisen, Entscheidungsgewalt, technische Kompatibilität etc. bewusst.

Stellungnahme des Staatsministers für Europa

Auszüge der Stellungnahme:



- „Ich bin eher überrascht, dass es eine knappe Mehrheit für eine europäische Armee in den HausParlamenten gibt. Ich selbst gehöre einer Partei an, die eine Europäische Armee will. Aber das ist eine Mindermeinung.“
- „Ich bin etwas verwundert, dass Sie einen ganz zentralen Punkt überhaupt nicht genannt haben, der die deutsche Debatte

so schwierig macht: Wir sind eines der wenigen Länder mit einer Parlamentsarmee. Bei uns entscheidet nicht die Regierung, bei uns entscheidet das Parlament über jeden Einsatz. Das ist eine große Errungenschaft, auf die wir stolz sein sollten.“

- „Wir wollen den Weg der militärischen Integration weiter gehen. Ich finde, Sie haben ein Argument genannt, das das schönste und einfachste ist: Wenn man keine nationalen Armeen hat, kann man definitiv ausschließen, jemals wieder aufeinander loszugehen.“
- „Ich sehe das nicht als Militarisierung Europas, sondern es ist der Versuch, durch Teamarbeit die militärische Komponente effektiver und vielleicht auch bescheidener ausfallen zu lassen. Das müssen wir den Menschen klar machen.“
- „Und es muss gewährleistet sein, dass es auch eine parlamentarische Kontrolle gibt.“

Skalierungsfrage an den Staatsminister
Moderation:

„Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass in den nächsten 10 Jahren eine solche Europäische Armee entsteht?“

Staatsminister Roth:

„Drei. Aber wenn das mit PESCO (Permanent Structured Cooperation) und den ersten weiteren Schritten gut läuft, kann ich mir gut vorstellen, dass wir diesen Weg weitergehen.“



Unterfrage 3

Falls sich nicht alle EU-Mitgliedsstaaten einig sind: Sollten sich EU-Staaten, die sich auf gemeinsame Positionen verständigen können, zusammenschließen, um europäische Außenpolitik zu gestalten?

Erläuterung

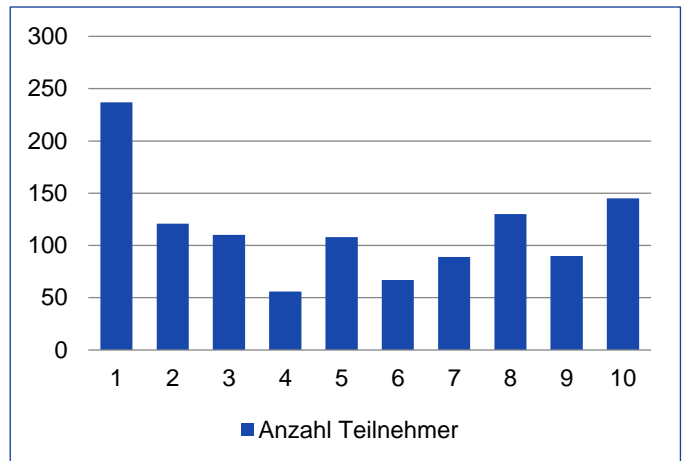
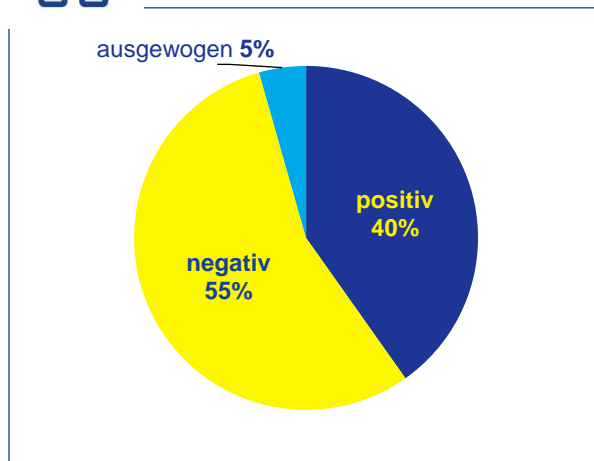


Hier geht es um eine komplexe, zweiteilige Frage, die darauf abzielt, wie man die EU-Außenpolitik flexibler gestalten kann und wie Blockaden vermieden werden können. In der Frage werden zwei Strategien in Verbindung gebracht. Die beiden Strategien kann und sollte man jedoch differenzieren.

Die eine Strategie ist die differenzierte Integration. Das heißt, die Möglichkeit, dass eine bestimmte Gruppe von Mitgliedstaaten entscheidet, etwas gemeinsam zu machen, ohne dass andere sich daran beteiligen — das ist die „Klub-Bildung“. Der Vorteil dieser Strategie ist eine schnellere Handlungsfähigkeit. Andererseits besteht das Risiko der „Zerfaserung“, der Divergenz. Eine weitere Strategie, worüber im Moment viel diskutiert wird, ist die Auflockerung des Einstimmigkeitsprinzips im europäischen Rat. Die Einführung der Mehrheitsabstimmung wäre ein geeignetes Verfahren, Blockaden in der Außenpolitik zu vermeiden. Andererseits ist es fraglich, ob man solche Mehrheitsentscheidungen flächendeckend europäisch umsetzen kann.



Die Position der HausParlamente



Verteilung Zustimmung/Ablehnung bei den HausParlamenten

- Ablehnung
- 55% der HausParlamente beantworten die Frage negativ (mit Wert 6 und geringer)
- n = 204

Abstimmung der einzelnen Teilnehmer

- 1 = stark ablehnend; 10 = stark zustimmend
- Mehrheitlich Ablehnung mit **Wert 5 oder niedriger**
- Mittelwert **5,1**
- Die Frage polarisiert stark
- n = 1153

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion:

Contra

- „Nicht repräsentativ / keine Legitimation.“
- „Könnte spalten / stärkt die Zentrifugalkräfte / Verschärfung der schon bestehenden Spaltung / Europa der zwei Geschwindigkeiten kann auch Europa der zwei Richtungen werden.“
- „Es gäbe keine einheitliche Richtung mehr (verstehen wir als Gegenmodell zu Frage 1: gemeinsamer Außenminister).“

Neutral

- „Prinzip der Einstimmigkeit sollte sich in Prinzip der Mehrheitsentscheidung wandeln / Veto abschaffen und qualifizierte Mehrheiten in Abstimmungen einführen – wenn die europäischen Grundwerte als Basis gelten.“
- „Echtes demokratisch legitimes Parlaments- und Regierungssystem sind Voraussetzung / nicht Staaten, sondern paneuropäische Parteien sollten sich zusammenschließen.“
- „Dazu müsste die europäische Außenpolitik erst einmal formuliert werden.“

Pro

- „Hoffentlich entsteht eine Sogwirkung, wenn einzelne voranschreiten.“
- „Kern-Europa ist schneller / Fortschritt und Handlungsfähigkeit sichern“
- „Koalitionsgedanke ermöglicht verschiedene Meinungen / Auseinanderbrechen der EU wird verhindert.“

Fazit: Ablehnung bei starker Polarisierung

Anhand der Abstimmungsergebnisse und wichtigsten Argumente wird deutlich, dass die HausParlamentarier in der Außenpolitik weder das aktuelle Prinzip der Einstimmigkeit, noch die Bildung von Staaten-Untergruppen als beste Lösung sehen; vielmehr eine generelle – demokratisch legitimierte – Ablösung des Einstimmigkeitsprinzips durch ein qualifiziertes Mehrheitssystem befürworten.

Stellungnahme des Staatsministers für Europa

Auszüge der Stellungnahme:



- „Ich wäre auch strikt gegen eine Klub-Bildung, also dass sich innerhalb der EU ein fester Klub oder ein Kern bildet mit verbindlichen Mitgliedschaften, der sagt: Wir sind das Zentrum und alle anderen, die gehören nicht mehr dazu.“
- “Ich rede eher von Mutmacher-EU, das heißt, in bestimmten Bereichen der Außenpolitik arbeitet man zusammen und zeigt am Ende, dass europäische Lösungen besser sind als nationale. Die Lösungen sind aber so offen, dass zu einem späteren Zeitpunkt auch skeptische Staaten noch beitreten können.“
- „Wir bräuchten Allianzen, die sich bei konkreten Themen finden. Wir müssen sehr sorgfältig darauf achten, dass wir immer eine Staatengemeinschaft haben, in der sowohl der Norden als auch der Süden, als auch der Osten, als auch der Westen repräsentiert sind und im Idealfall immer Deutschland und Frankreich.“
- “Beim Einstimmigkeitsprinzip hat allerdings keiner mehr Ambitionen. Warum soll ich mich anstrengen, wenn ich am Ende die Lösung verhindern kann? Das Mehrheitsprinzip sorgt eher für Kompromissbereitschaft. Das finde ich sehr, sehr wichtig.“

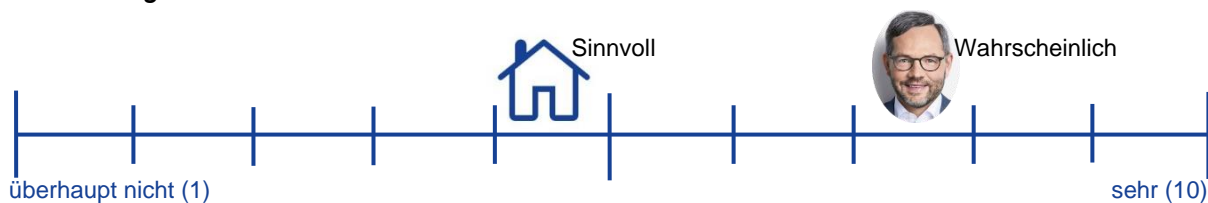
- „Und deswegen ist das Mehrheitsprinzip am nächsten dran an der derzeitigen Diskussion, die wir führen. Wir müssen angesichts der vielen Bewährungsproben und Krisen mehr Verantwortung übernehmen. Wir müssen ambitionierter werden. Und da ist dieser mühselige Prozess, alle mitnehmen zu wollen, in vielen Fragen kontraproduktiv.“
- „Aber es darf keinen Klub im Klub geben.“

Skalierungsfrage an den Staatsminister

Moderation:

„Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass wir hier innerhalb der kommenden 10 Jahre zu einer nachhaltigen Lösung kommen?“

Staatsminister Roth: „Acht - Ich möchte das Wagnis eingehen, bin dabei aber strikt gegen eine Klub-Bildung.“



Unterfrage 4

Ist eine engere Anbindung an andere strategische Partner wie China und Russland ratsam?

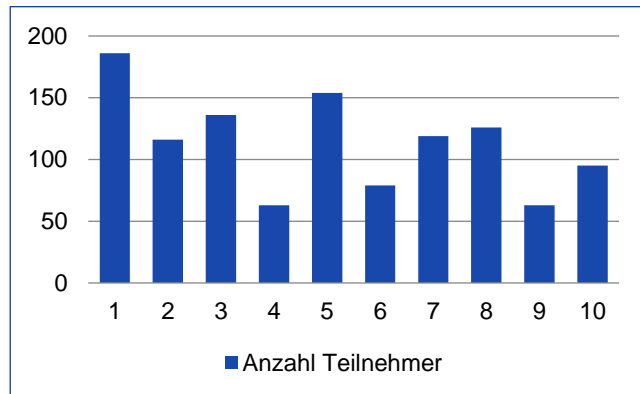
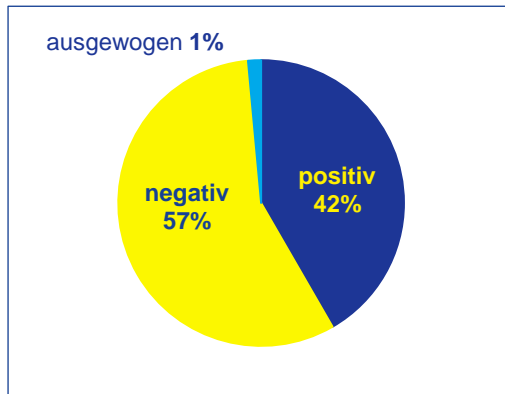
Erläuterung



Der auf dem Feld der internationalen Beziehungen viel genutzte Begriff „strategische Partner“ entstand als Reaktion auf 9/11 und bezog sich vor allem auf den Westen und seine Verbündeten. Das Konzept ist aber ziemlich offen und kann jegliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder auch überstaatlichen Organisationen beschreiben. Bis jetzt ist es meistens so, dass strategische Bündnisse auch von Freihandelsabkommen mitbestimmt werden. Wichtig bei strategischen Partnerschaften ist, dass beide Seiten sich in der Rolle als Partner wohl fühlen. Wenn man die Entwicklungen in der Welt anschaut, gibt es Grund, sich die Frage zu stellen, mit welchen Verbündeten die EU auch in der Zukunft gemeinsam agieren kann und ob man sich nach neuen strategischen Partnern umsehen sollte.



Die Position der HausParlamente



Verteilung Zustimmung/Ablehnung bei den HausParlamenten

- Ablehnung
- 57% der HausParlamente beantworten die Frage negativ
- n = 204

Abstimmung der einzelnen Teilnehmer

- 1 = stark ablehnend; 10 = stark zustimmend
- Mehrheitlich Ablehnung mit Wert **5 oder niedriger**
- Mittelwert: **5**
- Die Frage polarisiert stark
- n = 1153

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion:

Contra

- „Werte und Ziele der zur Verfügung stehenden Partner stehen nicht im Einklang mit denen der EU.“
- „Soll man wirklich wegen einer Person alles auf den Kopf stellen? Die USA sind mehr als Trump. Mit den USA/NATO-Partnern verbinden uns viele gemeinsame Grundwerte, die die Sonderstellung rechtfertigen, historische Beziehung zur USA (2. Weltkrieg) wertschätzen.“
- „Nein, wir haben uns zu sehr an den ‚großen Bruder‘ USA gewöhnt; Europa ist stark genug; wir müssen uns keinen neuen ‚großen Bruder‘ suchen. Die EU sollte sich auf sich selbst konzentrieren, die Probleme im Inneren lösen und einen eigenen Weg finden.“

Neutral

- „Ungenauere Fragestellung: was heißt engere Anbindung und was ist mit strategisch gemeint?“
- „Die EU braucht Unabhängigkeit. Europa sollte eine strategische und partnerschaftliche Anbindung an ALLE anderen Kontinente anstreben. Eine engere Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Staaten — inkl. USA — führt zu einer Stärkung der EU, weil eine breitere Aufstellung große Abhängigkeit von Einzelnen verhindert.“

Pro

- „Partnerschaften sind immer gut: Pragmatismus, Risikostreuung. Verflechtung stabilisiert die Welt.“

Fazit: Ablehnung mit einer gewissen Unentschiedenheit

Anhand der Abstimmungsergebnisse und wichtigsten Argumente wird deutlich, dass die HausParlamentarier eine Unabhängigkeit Europas - und dann eine engere Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Staaten weltweit – als vielversprechender erachten, als die Anbindung an einzelne neue strategische Partner.

Stellungnahme des Staatsministers für Europa

Auszüge der Stellungnahme:



- „Die Beantwortung dieser Frage geht mir nah. Man kann sich ja nur dann an etwas binden, wenn man selbst weiß, wer man ist.“
- „Die EU kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir zusammenstehen und mit einer Stimme sprechen. Das ist die Voraussetzung für eine weitere Anbindung. Es wird nicht ganz leicht werden, weil es eine Fülle von außenpolitischen Fragen gibt, in denen wir nicht so richtig einig sind.“
- „Weder Russland, noch China und leider auch nicht mehr die USA unter Präsident Trump haben Interesse an einer geeint auftretenden Europäischen Union.“
- „Wir haben derzeit ein Ziel – da sind wir ganz auf der Linie der HausParlamente: Wir wollen eine stärkere Anbindung an die Staaten, mit denen wir im Grundsatz die gleichen Werte teilen. Es gibt eine Initiative, die den Multilateralismus zu fördern versucht, indem man mit Ländern wie Kanada, Australien, Neuseeland — auch Japan, Südafrika — stärker kooperiert.“

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE

Ergebnisse der 1. Runde



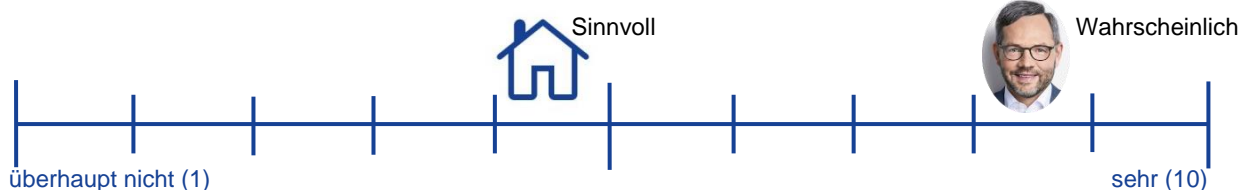
- „Für mich ist zentral: Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Wir müssen eine gemeinsame Sprache sprechen, die auch konstruktiv ist gegenüber Russland, China, den Vereinigten Staaten und sicherlich auch gegenüber anderen Akteuren, ob das nun Brasilien oder Indien ist. Sonst werden wir nicht ernst genommen. Sonst wird unser Engagement für Menschenrechte, für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für den freien und fairen Handel unterminiert. Das wollen wir nicht.“

Skalierungsfrage an den Staatsminister

Moderation:

„Auf einer Skala von 1 bis 10: Wie sehr halten Sie eine engere Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Staaten auf Basis eines unabhängigen Europas für eine realistische Strategie?“

Staatsminister Roth: „Ich bin unverbesserlicher Optimist: Acht, Neun — das können wir erreichen, das müssen wir erreichen.“

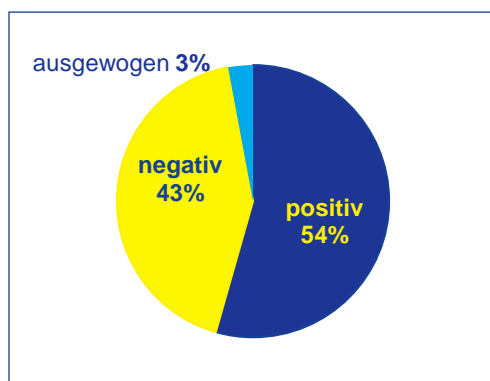


Hauptfrage

Soll die EU ihre außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung aufgrund der „America First“-Politik der Trump-Administration grundlegend neu gestalten?

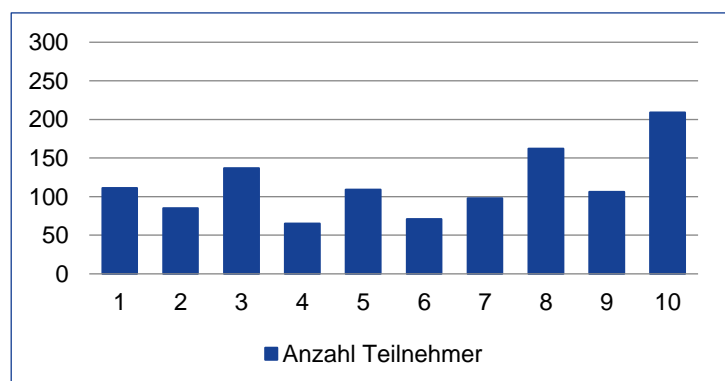


Die Position der HausParlamente



Verteilung Zustimmung/Ablehnung bei den HausParlamenten

- 54% der HausParlamente beantworten die Frage positiv.



Abstimmung der einzelnen Teilnehmer

- **Leichte Zustimmung mit Wert 6 und höher**
- **Mittelwert 6**

• n = 204

• n = 1153

Fazit: Differenzierte Zustimmung

Aus dem allgemeinen Feedback (zu dieser Frage wurden, da sie die vorhergehenden Unterfragen subsummiert, keine "wichtigsten Argumente" mehr erhoben) wird ersichtlich, dass vor allem der Teilsatz "auf Grund der ‚America First‘-Politik der Trump-Administration" zu den kontroversen Ergebnissen geführt hat. Die HausParlamente stehen einer Änderung der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung der EU grundsätzlich positiv gegenüber – sehen diese Notwendigkeit der Neuausrichtung allerdings auch unabhängig von der „America First“-Politik der Trump-Administration gegeben.

Stellungnahme des Staatsministers für Europa

Auszüge der Stellungnahme:



- „Es ist natürlich traurig, dass es erst eines so schmerzhaften Weckrufs bedarf, um zu erkennen, dass wir alle nur ziemlich kleine Fische in einem riesengroßen Ozean sind.“
- „Wir wollen keine Großmacht werden. Aber wir wollen die EU in die Lage versetzen, dass sie eigenständig agieren kann. Dass sie nicht nur Getriebene ist. Dass sie nicht nur reagiert, sondern dass sie agiert.“
- „Diese ‚America First‘-Politik, die ist schon neu. Aber schon unter Obama hat es den Versuch gegeben, sich aus dem europäischen Bereich etwas zurückzuziehen und sich stärker in der pazifischen Region zu engagieren. Obama hat das mit einer Forderung verbunden. Er hat gesagt: Ihr müsst euch jetzt selber kümmern.“
- „Ich sehe zwei große Aufgaben: Zum einen die Befriedung des östlichen Europas, also Ukraine, Georgien, Armenien. Zum anderen die Stabilisierung der anderen Staaten, die Teil Europas sind, aber nicht zur EU gehören.“
- „Ohne die Amerikaner, die sich in Südeuropa immer noch engagieren, in Rechtsstaatsfragen, in Demokratiefragen, in Fragen des respektvollen Umgangs von ethnischen, religiösen, sexuellen, kulturellen Minderheiten, wären wir noch nicht so weit. Die USA sind dort ein ganz wichtiger Partner für uns. Wenn sie sich da zurückziehen, kriegen wir das alleine hin?“

Skalierungsfrage an den Staatsminister

Moderation:

„Für wie realistisch halten Sie, dass es jetzt zu einer Neugestaltung der Europäischen Außenpolitik kommt?“

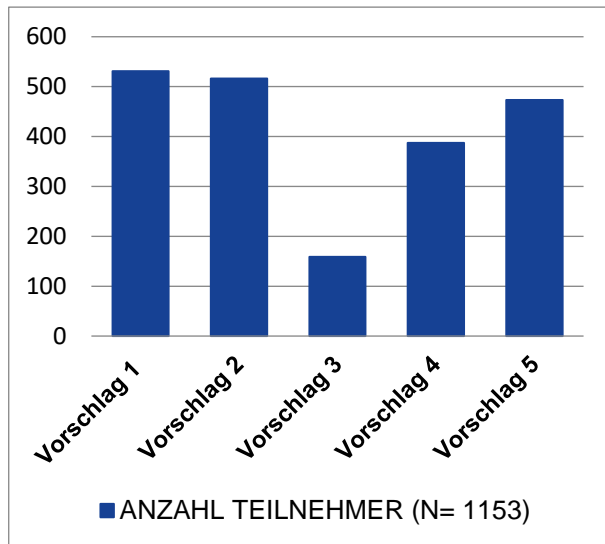
Staatsminister Roth: „Zehn – es geht ja nur um ‚neu gestalten‘.“

Wahrscheinlich



Themenvorschläge für die nächsten Runden der HausParlamente

Bewertung der fünf vorgegebenen Themenvorschläge:



Sollte die EU ihre gemeinsame Wirtschaft- und Steuerpolitik verstärken?

1. Sollte die EU durch mehr gemeinsame Bildung und Öffentlichkeit das europäische Bewusstsein stärken?
2. Soll es einen gesamteuropäischen Feiertag zur Einheit Europas geben?
3. Soll es eine Wahl des Europaparlaments nach einheitlichem Wahlrecht über transnationale Listen geben?
4. Sollte die EU eine konsequentere Asyl- und Migrationspolitik betreiben?

Weitere Themenvorschläge konnten frei angegeben werden. Folgende Themengruppen haben sich herausgestellt (Reihenfolge nach Anzahl der Vorschläge):

- | | | |
|--|---------------------------------------|---|
| 1. Institutionelle Struktur der EU | 11. Entwicklungspolitik | 24. Handel |
| 2. Europäische soziale Gerechtigkeit | 12. Agrarpolitik | 25. Gesundheitswesen |
| 3. Umwelt, Klima und Energie | 13. Zuwiderhandlungen und Sanktionen | 26. Polizei und weitere Sicherheitsorgane |
| 4. Populismus bekämpfen und europäische Marketing-Strategien | 14. Gemeinsame Gesetzgebungen | 27. Frauenrechte |
| 5. Gesellschaftliche Annäherung und Europäische Identität | 15. Gemeinsame Sprache | 28. Ost-West-Angelegenheiten |
| 6. Europäische Werte | 16. Forschung und Wissenschaft | 29. EU als Utopie |
| 7. Erweiterung, Verkleinerung und Spaltung (Brexit) | 17. Wahlrecht | 30. Schengen |
| 8. Wirtschaft, Finanzen und Währung | 18. Lobbyismus | 31. Atommacht |
| 9. Europäische Bildungspolitik | 19. Subventionen | 32. Tourismus |
| 10. Asyl, Grenzschutz und Integrations- & Migrationspolitik | 20. Pulse of Europe Selbstverständnis | 33. Verbraucherschutz |
| | 21. Kultur | 34. Familienpolitik |
| | 22. Digitalisierung | 35. Medien |
| | 23. Geopolitik | 36. Verkehr |
| | | 37. Zeitregelung |
| | | 38. HausParlamente in Schulen |

Die Europäischen HausParlamente sind ein Projekt von:

Organisatoren

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE

Ergebnisse der 1. Runde



- **Pulse of Europe e.V.**, Frankfurt / Main, 2016 gegründete Bewegung mit Aktivisten an 130 Standorten in 21 Staaten. Der Verein ist als solcher seit 2017 eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Für das Projekt der HausParlamente wurde eine Arbeitsgruppe innerhalb des Vereins entwickelt.
- **Akademie Lernende Demokratie**, Köln / Konstanz, ein Projekt von **Democracy International e.V.** und dem **Procedere Verbund**, das sich der Modernisierung und Professionalisierung von Demokratieentwicklung widmet. Als Demokratieentwicklungslabor unterstützt die Akademie Pulse of Europe bei der Umsetzung und Verbreitung der HausParlamente.

Konzept

Das wissenschaftliche Konzept der HausParlamente wurde von Dr. Raban Fuhrmann (Akademie Lernende Demokratie) entwickelt, der sich bereits seit 20 Jahren mit Prozessen der Demokratieentwicklung und der Gestaltung von Beteiligungs- und Aktivierungsprozessen beschäftigt.

Partner

Mit Unterstützung von:

- **Institut für Europäische Politik** – Wissenschaftlicher Partner, Berlin, untersucht seit 1959 Themen europäischer Politik und Integration und setzt diese in die Praxis um.

Kontakt: hp@pulseofeurope.eu

Presseanfragen: presse@pulseofeurope.eu

Webseite: www.homeparliaments.eu

Pulse of Europe e.V.
Wolfsgangstr. 63
60322 Frankfurt am Main
www.pulseofeurope.eu
info@pulseofeurope.eu